

**Betreibungsamt Oberland Dienststelle Oberland West****Scheibenstrasse 11, 3600 Thun**

Tel. 031 635 57 57/ Fax 031 635 57 58/ PC 30-3500-6

Zahlungsbefehl**Commandement de payer**für die ordentliche Betreibung auf Pfändung, Konkurs oder gemäss Art. 227b OR
pour la poursuite ordinaire par voie de saisie, faillite ou selon l'art. 227b CO

Datum der Ausstellung / Date 07.07.2011/CR	Diese Urkunde ist bei Zahlung, Rechtsvorschlag usw. vorzuweisen Préserver cette pièce lors du paiement	Betreibungsart OB	Betreibungs-Nr. / Poursuite no 91016224
Ehegatte / eingetr. Part. des Schuldners – Conjoint / Part. enreg. du débiteur		Schuldner Débiteur Verein Panorama Rundweg Thunersee Präsident: Dütschler Peter ZA: Fliederweg 11 3601 Thun	
Gläubiger - Créancier Opal Fels- und Steinschlagssicherungs AG c/o Andreas Köppel 3953 Inden		Gläubiger- Vertreter Mandataire Opal Fels- und Steinschlagssicherungs AG c/o Andreas Köppel 3953 Inden	
Ref.-Nr. Réf. no	Zahlstelle Payable à	BA 30-003500-6	
Forderung: Fr. Créance: Fr.	nebst Zins 71'136.15 intérêt à	% seit 5.000% dès le	für Fr. 02.06.2011 sur Fr.
Kosten dieses Zahlungsbefehls Fr. Frais du présent commandement Fr.			
103.00 Ausstellung Zahlungsbefehl ord.			
Zustellkosten Fr. Essais de notification sans succès Fr.			
Forderungsurkunde und deren Datum, Grund der Forderung: Titre et date de la créance, cause de l'obligation: Zusatzarbeiten zur Baugrundabklärung und Erstellen von neuem Verankerungskonzept vom 02.05.2011.			

Der Schuldner wird aufgefordert, den Gläubiger für die angegebenen Forderungen samt Betreibungskosten zu befriedigen.

Will der Schuldner die Forderung oder einen Teil derselben oder das Recht, sie auf dem Betreibungsweg geltend zu machen, bestreiten, hat er dies **sofort** dem Überbringer dieses Zahlungsbefehls **oder innert 10 Tagen** seit der Zustellung der unterzeichnenden Dienststelle des Betreibungsamtes mündlich oder schriftlich zu erklären (**Rechtsvorschlag** zu erheben). Wird die Forderung nur zum Teil bestritten, ist der bestrittene Betrag ziffernmässig genau anzugeben, ansonst die ganze Forderung als bestritten gilt.

Will der Schuldner bei der Betreibung für eine in einem Konkurs ganz oder teilweise zu Verlust gekommene oder nach Art. 267 SchKG denselben Beschränkungen unterliegende Forderung das Recht, sie auf dem Betreibungsweg geltend zu machen, deshalb bestreiten, weil kein neues Vermögen vorhanden sei, hat er dies ausdrücklich zu erklären, ansonst diese Einrede verwirkt ist.

Betr. Güterrecht und Rechtsvorschlag des Ehegatten: siehe Ziff. 1 auf Rückseite.

Sollte der Schuldner diesem Zahlungsbefehl nicht nachkommen, kann der Gläubiger die Fortsetzung der Betreibung verlangen.**Vous êtes sommé de payer les sommes ci-dessus ainsi que les frais de poursuite.**

Si le débiteur entend contester tout ou partie de la dette ou le droit du créancier d'exercer des poursuites, il doit former **opposition**, c'est-à-dire en faire, verbalement ou par écrit, la déclaration **immédiate** à celui qui lui remet le commandement de payer ou à l'agence soussignée de l'office des poursuites **dans les dix jours** à compter de la notification du commandement de payer.

Le débiteur poursuivi qui ne conteste qu'une partie de la dette doit indiquer exactement le montant contesté, faute de quoi la dette entière est réputée contestée.

Si le débiteur poursuivi en raison d'une créance demeurée totalement ou partiellement impayée dans une procédure de faillite ou soumise en vertu de l'art 267 LP aux mêmes restrictions qu'une créance pour laquelle un acte de défaut de biens a été délivré entend contester le droit de faire valoir ladite créance par la voie d'une poursuite parce qu'il ne serait pas revenu à meilleure fortune, il doit le mentionner expressément dans son opposition, sauf à être déchu du droit de faire valoir ce moyen.

Concernant les régimes matrimoniaux et l'opposition du conjoint: voir chiffre 1 au verso.

Si le débiteur n'obtempère pas à la présente sommation de payer, le créancier pourra requérir la continuation de la poursuite.**Zustellungsbescheinigung - Notification**

Dieser Zahlungsbefehl wurde heute, den
Le présent acte a été notifié aujourd'hui le

zugestellt an
en parlant à

(Es ist die Person anzugeben, der die Urkunde
ausgehändigt wird. – Indiquer la personne, à laquelle
l'acte a été remis.)

Unterschrift des zustellenden Beamten
Signature du fonctionnaire chargé de la notification

Betreibungsamt Oberland
Dienststelle Oberland West

Rechtsvorschlag

Der Betreibene ist berechtigt, unmittelbar bei der Zustellung Recht vorzuschlagen. Der Inhalt des Rechtsvorschlages ist in diesem Falle auf jeder Ausfertigung vorzumerken und vom zustellenden Beamten zu bescheinigen.

Opposition

Le débiteur est autorisé à déclarer son opposition au moment de la notification. L'opposition, dans ce cas, est consignée sur chaque exemplaire et le fonctionnaire qui procède à la notification en donne acte en apposant sa signature.

Ort und Datum
Lieu et date

Erläuterungen auf der Rückseite
Explications au verso

Unterschrift
Signature

Erläuterungen

- 1. Besteht zwischen dem Schuldner und seinem Ehegatten Gütergemeinschaft (Art. 221 ff. ZGB), ist dies der Dienststelle des Betreibungsamts mitzuteilen, damit auch dem Ehegatten ein Zahlungsbefehl und die übrigen Betreibungsurkunden zugestellt werden können. Auch der Ehegatte kann Rechtsvorschlag erheben. Will nicht Bestand oder Höhe der Forderung bestritten, sondern nur geltend gemacht werden, dass nicht das Gesamtgut, sondern lediglich das Eigengut und der Anteil des Schuldners am Gesamtgut hatte, ist der Rechtsvorschlag in diesem Sinn zu begründen, ansonst auch Bestand und Höhe der Forderung als bestritten gelten. Steht die Schuldnerin unter Güterverbindung oder Gütergemeinschaft gemäss den Bestimmungen des ZGB in der Fassung von 1907 (vgl. Art. 9e und 10/10a Schlusstitel ZGB), wird dem Ehegatten nur auf Verlangen des Gläubigers ein Zahlungsbefehl zugestellt. Auch der Ehegatte kann in diesem Fall Rechtsvorschlag erheben. Will nicht Bestand oder Höhe der Forderung bestritten, sondern nur geltend gemacht werden, dass lediglich das Sondergut der Schuldnerin hatte, ist der Rechtsvorschlag in diesem Sinn zu begründen, ansonst auch Bestand und Höhe der Forderung als bestritten gelten.
- 2. Auf Verlangen des Schuldners wird der Gläubiger aufgefordert, innerhalb der Bestreitungsfrist die Beweismittel für seine Forderung beim Betreibungsamt zur Einsicht vorzulegen. Kommt der Gläubiger dieser Aufforderung nicht nach, so wird der Ablauf der Bestreitungsfrist dadurch nicht gehemmt; in einem nachfolgenden Rechtsstreit hat jedoch der Richter beim Entscheid über die Prozesskosten den Umstand zu berücksichtigen, dass der Schuldner die Beweismittel nicht einsehen konnte (Art. 73 SchKG).
- 3. Betreibungsferien und Rechtsstillstand hemmen den Fristenlauf nicht. Fällt jedoch das Ende einer Frist in die Zeit der Betreibungsferien oder des Rechtsstillstandes, so wird die Frist bis zum dritten Tag nach deren Ende verlängert. Bei der Berechnung der Frist von drei Tagen werden Samstag und Sonntag sowie staatlich anerkannte Feiertage nicht mitgezählt (Art. 63 SchKG).
- 4. Ist der Betriebene durch ein unverschuldetes Hindernis davon abgehalten worden, innert Frist Recht vorzuschlagen, kann er die Aufsichtsbehörde um Wiederherstellung der Frist ersuchen. Er muss vom Wegfall des Hindernisses an, in der gleichen Frist wie der versäumten ein begründetes Gesuch einreichen und den Rechtsvorschlag beim unterzeichneten Betreibungsamt nachholen (Art. 33 Abs. 4 SchKG). Der Betriebene kann jederzeit vom Gericht des Betreibungsortes feststellen lassen, dass die Schuld nicht oder nicht mehr besteht oder gestundet ist (Art. 85 und Art. 85a SchKG).
- 5. Ein Gläubiger, gegen dessen Betreibung Rechtsvorschlag erhoben worden ist, hat seinen Anspruch im Zivilprozess oder im Verwaltungsverfahren geltend zu machen (Art. 79 SchKG). Beruht indessen die Forderung auf einem vollstreckbaren gerichtlichen Entscheid oder auf einer durch öffentliche Urkunde festgestellten oder durch Unterschrift bekräftigten Schuldanerkennung, so kann der Gläubiger auch nach Massgabe von Art. 80 bis 83 SchKG beim Richter die Aufhebung des Rechtsvorschlages (Rechtsöffnung) verlangen. Hat der Schuldner in der Betreibung für eine in einem Konkurs ganz oder teilweise zu Verlust gekommene oder nach Art. 267 SchKG denselben Beschränkungen unterliegende Forderung das Recht, sie auf dem Betreibungswege geltend zu machen, deshalb bestritten, weil er nicht zu neuem Vermögen gekommen sei, so legt das Betreibungsamt den Rechtsvorschlag dem Richter am Betreibungsort vor, der die Parteien anhört und endgültig entscheidet (Art. 265a SchKG).
- 6. Wird für eine pfandgesicherte Forderung ordentliche Betreibung auf Pfändung oder Konkurs eingeleitet, so kann der Schuldner innert 10 Tagen durch Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde verlangen, dass der Gläubiger vorerst das Pfand in Anspruch nehmen muss (Art. 41 Abs. 1 bis SchKG), ausser bei Betreibung für grundpfandgesicherte Zinsen oder Annuitäten und bei Wechselbetreibung. Ebenfalls durch Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde hat der Schuldner geltend zu machen, das Betreibungsamt sei für die Anhandnahme der Betreibung nicht zuständig.
- 7. Zahlungen für Rechnung der in Betreibung stehenden Forderungen können an den Gläubiger, bei Vorauszahlung nach Art. 227b des Obligationenrechts an die angegebene Bank und für die Betreibungskosten an den Gläubiger selbst, oder an das Betreibungsamt geleistet werden. Der Schuldner hat in letzterem Falle die in Art. 19 Abs. 1 der Gebührenverordnung zum SchKG vorgesehene Inkassogebühr zu bezahlen.

Fortsetzung der Betreibung

Ist die Betreibung nicht durch Rechtsvorschlag oder durch gerichtlichen Entscheid eingestellt worden, so kann der Gläubiger frühestens **20 Tage** nach der Zustellung des Zahlungsbefehls das Fortsetzungsbegehren stellen. Dieses Recht erlischt ein Jahr nach der Zustellung des Zahlungsbefehls. Ist Rechtsvorschlag erhoben worden, so steht die Frist zwischen der Einleitung und der Erledigung eines dadurch veranlassten Gerichts- oder Verwaltungsverfahrens still (Art. 88 SchKG).
Formulare für das Fortsetzungsbegehren können auf allen Betreibungsämtern bezogen werden.

Explications

- 1. Si le débiteur et son conjoint vivent sous le régime de la communauté de biens (art.221 ss CC), l'agence de l'office des poursuites doit en être avisée, afin qu'elle puisse également notifier au conjoint le commandement de payer et les autres actes de poursuite. Le conjoint peut aussi former opposition. Si le débiteur ou son conjoint entend, non pas contester l'existence de la dette ou son montant, mais simplement faire valoir que les biens propres du débiteur ou sa part aux biens communs répondent de la dette à l'exclusion des biens communs, l'opposition doit être motivée dans ce sens, faute de quoi l'existence et le montant de la dette sont également réputés contestés. Si l'épouse poursuivie est soumise au régime de l'union des biens ou de la communauté de biens selon le CC dans sa teneur de 1907 (cf. art. 9e et 10/10a Titre final CC), un commandement de payer n'est notifié à son mari que si le créancier en fait la demande. Dans ce cas, le mari peut aussi former opposition. Si la débitrice ou son mari entend, non pas contester l'existence de la dette ou son montant, mais simplement faire valoir que les biens réservés de la femme répondent seuls de la dette, l'opposition doit être motivée dans ce sens, faute de quoi l'existence et le montant de la dette sont également réputés contestés.
- 2. A la demande du débiteur, le créancier est invité à présenter les moyens de preuve afférents à sa créance à l'office des poursuites avant l'expiration du délai d'opposition.
- 3. Si le créancier ne s'exécute pas, le délai d'opposition n'en continue pas moins à courir. Dans un litige ultérieur, le juge tient néanmoins compte, lors de la décision relative aux frais de procédure, du fait que le débiteur n'a pas pu prendre connaissance des moyens de preuve (art. 73 LP).
- 4. Les délais ne cessent pas de courir pendant la durée des fêtes et des suspensions des poursuites. Toutefois, si la fin d'un délai coïncide avec un jour des fêtes ou de la suspension, le délai est prolongé jusqu'au troisième jour utile. Pour le calcul du délai de trois jours, le samedi, le dimanche et les jours légalement fériés ne sont pas comptés (art. 63 LP).
- 5. Si le poursuivi a été empêché sans sa faute de faire opposition dans le délai, il peut demander à l'autorité de surveillance qu'elle lui restitue ce délai. Il doit, à compter de la fin de l'empêchement, déposer une requête motivée dans un délai égal au délai échu et former auprès de l'office soussigné l'opposition omise (art. 33 al. 4 LP). Le débiteur poursuivi peut en tout temps faire constater par le tribunal du for de la poursuite que la dette n'existe pas ou plus, ou qu'un sursis à été accordé (art. 85 et 85a LP).
- 6. Le créancier à la poursuite duquel il est fait opposition agit par la voie de la procédure ordinaire ou administrative pour faire reconnaître son droit (art. 79 LP). Toutefois, celui qui est au bénéfice d'un jugement exécutoire ou d'une reconnaissance de dette constatée par acte authentique ou sous seing privé, peut requérir du juge la mainlevée de l'opposition en conformité des art. 80 à 83 LP. Si le débiteur, poursuivi en raison d'une créance demeurée totalement ou partiellement impayée dans une procédure de faillite ou soumise en vertu de l'art. 267 LP aux mêmes restrictions qu'une créance pour laquelle un acte de défaut de biens a été délivré, a contesté le droit de faire valoir ladite créance par la voie d'une poursuite parce qu'il ne serait pas revenu à meilleure fortune, l'office soumet son opposition au juge du for de la poursuite. Celui-ci statue définitivement après avoir entendu les parties (art. 265a LP).
- 7. Lorsqu'une poursuite par voie de saisie ou de faillite est introduite pour une créance garantie par gage, le débiteur peut demander, par la voie d'une plainte adressée dans les dix jours à l'autorité de surveillance, que le créancier exerce d'abord son droit sur l'objet du gage (art. 41 al.1 bis LP), sauf en cas de poursuite pour intérêts ou annuités garantis par gage immobilier ou de poursuite pour effets de change. C'est également par la voie de la plainte à l'autorité de surveillance que le débiteur doit faire valoir que la poursuite émane d'un office incompétent.
- 8. Les paiements peuvent être effectués en mains du créancier pour le règlement des montants en poursuite, en mains de la banque mentionnée dans le contrat dans le cas des paiements préalables selon l'art. 227b du code des obligations et en mains du créancier lui-même pour le règlement des frais de poursuite; il peuvent aussi être opérés en mains de l'office des poursuites. Dans ce dernier cas, le débiteur doit payer en plus l'émolument d'encaissement prévu par l'art.19 al. 1 de l'ordonnance sur les frais exigibles en vertu de la LP.

Continuation de la poursuite

Lorsque la poursuite n'est pas suspendue par l'opposition ou par un jugement, le créancier peut requérir la continuation de la poursuite à l'expiration d'un délai de **20 jours** à compter de la notification du commandement de payer. Ce droit se périmé par un an à compter de la notification du commandement de payer. Si opposition a été formée, ce délai ne court pas entre l'introduction de la procédure judiciaire ou administrative et le jugement définitif (art. 88 LP). Des formulaires de réquisition de continuer la poursuite peuvent être obtenus auprès de tous les offices de poursuites.

Zustellversuche der Dienststelle am – Essais de notification de l'agence:

.....

Vorladung am – Citation le:

.....

Der Polizei übergeben am – Remis à la police:

.....

In diesem Bereich keine weiteren Vermerke anbringen

Zustellversuche der Polizeiorgane – Essais de notification de la police:

Datum / Date	Zeit / Heure	Visum / Visa	Kosten / Frais
			Fr.
			Fr.
			Fr.
			Fr.
	Erfolgreiche Zustellung Notification avec succès		Fr.
Kosten total / Total des frais =			Fr.

91016224

